EINLADUNG
Arbeit & soziale Politik Gera

NEIN ZUR Z W A N G S A R B E I T IN THÜRINGEN !

In Brandenburg und Sachsen existieren bereits Programme mit dem irreführenden Namen "Arbeit statt Sozialhilfe". Dahinter verbirgt sich ein Programm, welches vorsieht, Sozialhilfeberechtigte zu "Gemeinschaftsarbeiten" zwangszuverpflichten. Wer der Zwangsaufforderung zur Arbeit nicht folgt, wird mit Streichung oder Kürzung der Sozialhilfe bedroht. Damit werden gerade die Ärmsten der Gesellschaft zur Billiglohnarbeit erpreßt. - Ein weiteres Beispiel aus dem unerträglichen Umverteilungskatalog, von unten nach oben, dieser Bundesregierung.

DAS BEISPIEL LEIPZIG
Bereits am 09. 03. 1994 informierte die AG Arbeit & soziale Politik im NEUEN FORUM in Gera über das unsoziale Vorgehen im Falle Leipzigs. Dort werden Sozialhilfeberechtigte bei einer sogenannten Mehraufwandsentschädigung von 2,- DM pro Stunde zu Gemeinschaftsarbeiten verpflichtet. Die Arbeit begann morgens mit einem Zählappell der Arbeitskolonne !!!

> "Es gibt gewisse Parallelen zum Arbeitsdienst im Dritten Reich.
> Aber deswegen bin ich doch kein Nationalsozialist."
>
> Matthias von Hermanni
> (langjähriger Junge-Union-Vorsitzender in Hannover,
> Chef der Zwangsarbeiter in Leipzig, seit 1990 Leiter ABM-Stützpunktes Leipzig)

ZUR ERINNERUNG

1931 "Freiwilliger" Arbeitsdienst zum Niedrigstlohn für Jugendliche, die keine Unterstützung bezogen - Arbeit für Kost und Logie

1932 Bestrebungen, daraus einen Zwangsdienst zu machen, nachdem er schon aus der Zuständigkeit der Arbeitsämter ausgegliedert worden war - Ausweitung des Arbeitsdienstes bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

1934 REICHSARBEITSDIENST

DDR Arbeitspflicht bis 1985 - Das Gesetz verfolgte die Arbeitsverweigerung für das SED-Regime mit Arbeitsplatzbindung bis hin zur Verurteilung zu Freiheitsstrafe. Die "strafrechtlichen Erziehungsmaßnahmen" konnten erst nicht mehr durchgeführt werden als für das herrschende Regime auch Arbeitslosigkeit zum Problem wurde. Ungewollt Arbeitslose oder wegen politischer Opposition Entlassene hatten keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung, da es sie offiziell nicht gab.
(Auch heute vertritt die PDS das Staatsrechtsverständnis der SED-Diktatur, die dialektische Einheit von Recht und Pflicht. Im Bundestag erklärte sie, es sei nichts gegen eine Arbeitspflicht einzuwenden, wenn im Grundgesetz auch das "Recht auf Arbeit" eingeführt würde. - Vgl.: *woche im bundestag* 21/93, S. 61)

In Thüringen gibt es derzeit 42.000 Sozialhilfeberechtigte - ein Ergebnis der unverantwortlichen Politik der CDU/CSU & FDP-Regierungen, einer Politik des sozialen Kahlschlags und der Ent-industrialisierung Ostdeutschlands. Statt neue tarifgerechte Arbeitsplätze zu schafffen, wollen die Bundes- und Landesregierung auch in Thüringen Sozialhilfeberechtigte zur Billiglohnarbeit mißbrauchen.
Bisher sind ca. 1075 Thüringerinnen und Thüringer in solchen "Projekten" eingebunden. Vielen wurde schon die Sozialhilfe wegen angeblicher "Arbeitsverweigerung" gekürzt!
Bei guter Führung in der Zwangsarbeit soll es einen Arbeitsvertrag nach untertariflicher Vergütung geben. Nach dem Arbeitsjahr droht allenfalls wieder die "Stütze", welche dann von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt würde. Unter den Strich entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz - verschwendete Kosten der öffentlichen Hand (allein in Thüringen wurden in diesem Jahr 1,5 Millionen DM dafür ausgegeben) sowie Verschiebung der Kosten für Arbeitslosigkeit!

Arbeitszwangsdienst auch bald in Gera?

Darüber wollen wir diskutieren

am **20. 04. 1994 - 19.oo Uhr**
Grünes Haus Gera
Greizer Straße
07545 Gera

Wir fordern:

1. Sofortige Beendigung der entwürdigenden Zwangsarbeit!
Keine Anwendung des § 25 des Bundessozialhilfegesetzes!
2. Schaffung und Finanzierung neuer, tarifgerechter Arbeitsplätze statt deren Abbau zugunsten von Zwangsarbeit!
3. Nachträgliche Entschädigung bisher geleisteter Zwangsarbeit nach den geltenden Tarifverträgen!
4. OFFENLEGUNG der Pläne der Stadtverwaltung, welche die Sozialhilfeempfänger betreffen!
5. Tarifgerechte Anstellung für Alle!
Keine Spaltung in Arbeitskräfte 1., 2. und 3. Ordnung!
Keine untertarifliche Bezahlung!

Zwangsarbeit, Billigarbeit, entrechtete Arbeit - dadurch wird die Existenz des Öffentlichen Dienstes insgesamt bedroht, denn damit kann jeder tarifgerecht entlohnte und feste Arbeitsplatz zerstört werden.

●

**WIR WOLLEN. DASS ALLE OHNE ZWANG
DAS RECHT AUF TARIFGERECHT BEZAHLTE ARBEIT HABEN.**

SABOTIERT DIE ZWANGSDIENSTE !